

Seit dem 1. April 2009 erhalten in der Stadt Luzern nicht mehr die Krippen, sondern die Eltern die Subventionen für die Krippenplätze. Es erhalten also nur diejenigen Eltern auf Antrag eine Subvention, die ihre Kinder nachweislich in die Krippe schicken und deren Jahresgehalt eine definierte Höhe nicht überschreitet. Mit diesem Modell erhalten diese Eltern eine höhere Verhandlungsmacht gegenüber den Krippen. Diese müssen sich den gestellten Wünschen anpassen.

Dies hat dazu geführt, dass die Qualität der angebotenen Krippenplätze stieg und dass es jetzt - im Gegensatz zu früher - genügend Krippenplätze gibt. Die Befürchtung, die Eltern könnten das vom Staat erhaltene Geld zweckentfremden, ist bisher nicht eingetroffen. Dies hat sich der Motionär vor ein paar Wochen von der zuständigen Luzerner Behörde nochmals bestätigen lassen. Mehr noch: das erfolgreiche Modell soll auch von den Nachbargemeinden übernommen werden.

In Basel-Stadt gibt es sowohl private, wie auch staatliche Krippen. Alle Krippen unterstehen den Qualitätsrichtlinien vom Erziehungsdepartement. Diese Qualitätsstandards werden jährlich durch unangemeldete Kontrollen überprüft. Dies ist richtig so und soll auch beibehalten werden. Ebenfalls gibt es aus der Sicht der Motionäre keinen Anlass, die Einkommenssätze, die bisher für die Erhebung der Beiträge festgelegt wurden, zu verändern. Lediglich sollen neu die berechtigten Eltern statt die Krippen finanziert werden. Die Motionäre erhoffen sich davon flexiblere Krippeneinrichtungen, genügend Krippenplätze und eine signifikante Steigerung der Qualität.

Die Motionäre fordern den Regierungsrat auf, innert eines Jahres dem Grossen Rat eine Gesetzesvorlage zu präsentieren, die das Finanzierungsmodell der Stadt Luzern übernimmt unter Berücksichtigung der oben gemachten Bemerkungen.

Emmanuel Ullmann, David Wüest-Rudin, Daniel Stolz, Alexander Gröflin,  
Lukas Engelberger, Baschi Dürr, Dieter Werhemann